

Dies ist gerade in den aktuellen Corona-Pandemie-Zeiten eine Ohrfeige für das Engagement der Beschäftigten ...

**litisch die Verantwortung für Kürzungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, der Familienförderung und der sozialräumlichen Jugend- und Familienangebote übernommen werden und das insbesondere in einer Zeit, in der der Bedarf deutlich gestiegen und ein Ausbau der Angebote dringend notwendig sind:**

„Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendverbände, die Jugendsozialarbeit und die Familienförderung haben sich in der gegenwärtigen Pandemie als flexibel und leistungsfähig erwiesen. Sie sind auch jetzt Orte der Beziehungsgestaltung, die für die Krisenbewältigung der jungen Menschen und ihrer Eltern sehr wichtig sind. [...] Das Hilfe- und Unterstützungssystem muss trotz sich verändernder wirtschaftlicher Rahmendaten nach der Bewältigung der Krise bedarfsgerecht und auskömmlich ausgestattet werden.“ (Positionierung der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit (LAG KJA/JSA) und der Landesarbeitsgemeinschaft Familienförderung (LAG FamFö) in Hamburg, 30.04.2021)

**Wir fordern deshalb:**

- Die durch die Tarifvereinbarung zum TV-L inkl. der Corona-Einmalzahlung sowie die durch weitere Tarifabschlüsse entstehenden Personalmehrkosten müssen kurzfristig, zusätzlich in die Rahmen- und Zweckzuweisungen der Bezirke sowie der überregional geförderten Projekte eingestellt werden.

- Die beantragten zusätzlichen Personalkosten müssen sich für die freien Träger in den benannten Arbeitsfeldern zuwendungserhöhend auswirken, damit sie ihre jeweiligen Zweckbeschreibungen erfüllen können.
- Kostensteigerungen müssen strukturell in den Rahmen- und Zweckzuweisungen der Bezirke berücksichtigt werden, um bedarfsgerechte Angebote für junge Menschen und ihre Familien zu ermöglichen und Planungssicherheit für freie Träger herzustellen.
- Die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und der Familienförderung müssen als, für junge Menschen und Familien gegenwarts- und zukunftsrelevante, sozialgesetzlich verankerte und gleichberechtigte Pflichtleistungen anerkannt werden. Sie müssen zukünftig finanziell so ausgestattet werden, dass ein qualitativ hochwertiges Angebot im Stadtteil möglich werden kann – bedarfsgerecht und auskömmlich.

Hamburg, den 16.02.2022

Die gemeinsame Erklärung wurde nach Diskussion und Beratung im Auftrag des Fachaustausches vom 2.2.22 von folgenden Erstunterzeichnenden verfasst:

IVOA – Interessenvertretung Offener Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Hamburg;  
 Diakonisches Werk Hamburg, Kinder- und Jugendhilfe;  
 Alternativer Wohlfahrtsverband SOAL e. V.;  
 Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V. (VKJH);  
 ASP Eimsbüttel-Nord

... und missachtet den aktuell hohen Unterstützungsbedarf junger Menschen und Familien durch die Pandemie!

„Also lasst uns zusammen kämpfen und lasst uns organisieren – und dies nicht nur, wenn zum Streik aufgerufen wird!“ (1)

von Lea Degener und Volker Vödisch

Mit der Gründung der Interessenvertretung Offene Arbeit in Hamburg (IVOA) bildete sich auch bald darauf die Arbeitsgemeinschaft Tarifpolitik. Innerhalb der Kolleg\*innenschaft gab es schon seit längerem eine große Unzufriedenheit über die zurückliegenden Tarifverhandlungen und Tarifvertragsabschlüsse. Das Arbeitsfeld sowie die Anforderungen an die Erzieher\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Sozialpädagoge\*innen in der Offenen Arbeit haben sich im Laufe der letzten drei Jahrzehnte stark gewandelt und verdichtet, ohne dass die Arbeitsbedingungen und die Tarifabschlüsse sich daran angepasst hätten. Weder wurden die Tätigkeits- bzw. Schwierigkeitsmerkmale überarbeitet noch das Nebeneinander sehr unterschiedlicher Tarifsyste me vereinheitlicht und zusammengeführt. Deshalb entschlossen wir uns vor drei Jahren, aktiv

für Veränderungen einzutreten und für bessere tarifliche Bedingungen zu streiten. Wir suchten dabei auch das Gespräch und die Zusammenarbeit insbesondere mit ver.di, wohl wissend, dass viele Kolleg\*innen aus unterschiedlichen Gründen nicht bei ver.di organisiert sind. Ohne Gewerkschaften ist die Aussicht auf grundlegende Veränderungen geringer. Deshalb ist es für uns wichtig, dort unsere Anliegen einzubringen und gemeinsam zu kämpfen.

In diesem Sinne riefen wir auch zur Teilnahme und Solidarisierung zu den vergangenen Streikkundgebungen der Gewerkschaften im Rahmen der Tarifverhandlungen der Länder auf. Zahlreiche Kolleg\*innen aus der Offenen Arbeit beteiligten sich daran.

## Offene Arbeit unter erschwerten Bedingungen

Der Wert und die Bedeutung der Offenen Arbeit für Kinder, Jugendliche (OKJA) und für ihre Familien haben sich insbesondere in der Corona-Pandemie und trotz der widrigen Umstände bewiesen. Als andere in das Home Office gehen konnten, hielten wir die Einrichtungen soweit es ging offen, waren für sie ansprechbar, unterstützten sie, berieten sie in allen sozialen Fragen, trösteten sie, spielten mit ihnen, halfen ihnen beim Home-Schooling und achteten zu ihrem Schutz auf sie. Trotz der jahrelangen strukturellen Unterfinanzierung, der mangelhaften personellen Ausstattung der Einrichtungen und trotz einer tendenziellen Prekarisierung der Beschäftigten, gelang es uns unsere niedrigschwelligen Angebote weitestgehend aufrecht zu erhalten. Wir waren für die Sorgen und Nöte von Kindern und Jugendlichen vor Ort da, als viele von ihnen keinen Unterricht besuchen durften. Die ohnehin schon großen Bedarfe sind durch die Pandemie nochmals enorm gestiegen. In unseren verlässlich offenen Orten geht es nicht nur um (Lohn-)Arbeit oder Ausbildung, sondern um die Gewährleistung von Frei- und Gestaltungsräumen sowie von Treffpunkten für ein soziales Lernen und für ein soziales Miteinander, was nicht nur zur Corona-Zeit oft vernachlässigt wird. Während der Pandemie haben wir all das kompensiert, was andere öffentliche Einrichtungen, wie zum Beispiel die Schulen, nicht leisten konnten.



Dabei werden die Arbeitsbedingungen in unserem Arbeitsfeld seit Jahren immer schlechter. Neben der Unterfinanzierung, dem völlig unzureichenden Personalschlüssel und des erhöhten Verwaltungsaufwands haben sich gleichzeitig die Anforderungen, die an uns gestellt werden, immer umfassender entwickelt: Kinderschutz, Sozialraumorientierung, Digitalisierung, politische Bildung, die wachsende Bevölkerungszahl und der Bau vieler neuer Wohngebiete, die Kooperation mit Schulen, die Netzwerkarbeit und die Mitarbeit in Sozialraumteams, Sucht- und Gewaltprävention, Beratungsleistungen, Projektarbeit, Aufrechterhaltung der Offenen Arbeit, Mittelbeschaffungen, Dokumentationen und vieles mehr, ohne dass sich bezüglich der Offenen Arbeit infrastrukturell etwas ändert. Alle Jahre wieder wird uns gesagt, dass das Geld in der Rahmenezuweisung für die Offene Arbeit nicht reicht und es ggf. zu Kürzungen kommen muss.

### „Damit muss endlich Schluss sein!“

„Damit muss endlich Schluss sein!“ Das hielt auch der Straßensozialarbeiter Christian auf der ver.di Streikkundgebung am 24.11.21 fest, auf der er eine Rede für die IOVA hielt: „Es ist wichtig, dass wir uns als Kolleg:innen aus den Bildungs-, Erziehungs- und Pflegeberufen zusammen tun und sagen: Nicht die Profite pflegen oder erziehen die Menschen, sondern wir machen das [...]. Ich denke, wir alle, also alle Angestellten,

die nicht auf der Kapitalseite stehen, sollten in unserem eigenen Interesse für eine Welt kämpfen, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite. Es sollte um gute Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne gehen und nicht um Wirtschaftsinteressen.“ Der kräftige Applaus der mit ihm streikenden Schulhausmeister\*innen, Beschäftigten aus den Schulbüros, von den Schleusen, aus den Gesundheitsämtern, dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung usw. bekräftigte dies eindrucksvoll.

Doch bei den öffentlichen Arbeitgeber\*innen weht beständig ein ganz anderer Wind: In den vergangenen Tarifverhandlungen wurde immer wieder deutlich, für wie wenig wichtig die bedeutsame Arbeit der OKJA und der Familienförderung gehalten wird (und auch in den Gewerkschaften müssen wir unsere Bedeutsamkeit noch stärken).

Besonders in der jüngeren Zeit, so auch in den letzten Tarifverhandlungen der Länder 2021, zeigte sich, wie sehr sich die Arbeitgeber\*innen darum bemühen, unseren Lohn zu drücken: Sie wollen die grundlegenden Regelungen unserer Eingruppierungen ändern, in dem sie die Bewertung unserer Arbeitsabläufe so zerstückeln, dass Senkungen der Eingruppierungen herbeigeführt werden können. Seit mehreren Tarifrunden versuchen sie die Gewerkschaften zu erpressen, in dem sie die Zustimmung der Gewerkschaften zur Bedingung weiterer Verhandlungen machen.

Reinhold Hilbers, der Vorsitzende der Arbeitgeber\*innenvereinigung der Bundesländer (TdL), vertrat während der Tarifverhandlungen der Länder die Meinung, dass der Bereich der Personalkosten der Länder zur Bezahlung der Corona-Krise „einen nennenswerten Beitrag“ leisten müsse. (2) Das heißt, wir sollen aus unserem Geldbeutel die Krise bezahlen. Aber es geht dabei nicht „einfach“ um unseren Geldbeutel, sondern um die öffentliche Daseinsfürsorge und damit um alle. Denn die Erfahrungen zeigen, dass die Arbeitgeber\*innen und die politischen Entscheidungsträger\*innen in Krisenzeiten vor allem erst einmal wirtschaftliche Interessen bedienen wollen und dafür im sozialen Bereich und in der öffentlichen Infrastruktur kürzen. Gerade die Pandemie zeigt, wie unerlässlich die Bereitstellung öffentlicher Leistungen unabhängig von der Kassenlage und von der politischen Lobbyarbeit ist.

Die Sozialbehörde und der Senat erschienen zunächst nicht gewillt, die tarifvertraglich vereinbarte Sonderzahlung auch den Beschäftigten in den Einrichtungen in freier Trägerschaft zukommen zu lassen, geschweige denn erweitert in die Zu-

Alle Jahre wieder wird uns gesagt, dass das Geld in der Rahmenezuweisung für die Offene Arbeit nicht reicht.

wendungen einzuspeisen. Die Jugendhilfeausschüsse in den Bezirken Wandsbek und Eimsbüttel haben diesbezüglich jeweils einen Antrag verabschiedet, den auch weitere Jugendhilfeausschüsse aufgreifen sollten. Brandbriefe folgten. So begründeten in einer gemeinsamen Erklärung Einrichtungen, freie Träger, Verbände und Unterstützer\*innen aus der Hamburger Kinder- und Jugendhilfe ihre Forderung, die Tarifsteigerungen und damit auch die Sonderzahlung zuwendungserhöhend anerkennen (s. Abdruck in diesem Heft). Mittlerweile wird von Senatsseite verkündet, dass die entsprechend steigenden Personalkosten anlassbezogen refinanziert werden. (3)



Das Sparen am Sozialen wollen wir uns nicht weiter gefallen lassen. Deswegen haben wir während der Streiks vor allem betont, dass wir uns als Beschäftigte in den betroffenen Bereichen gemeinsam solidarisieren und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen.

Das völlig am eigentlichen Bedarf vorbeigehende Ergebnis der letzten Tarifrunde zeigt uns, dass wir nicht lockerlassen dürfen: Für kämpferischere Gewerkschaften und eine Verteilung des Geldes im Sinne eines solidarischen Gemeinwesens – Geld genug ist da!

## Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022

Die ver.di-Bundestarifkommission hat für den öffentlichen Dienst die Kündigung der Tätigkeitsmerkmale und der Regelungen zum Gesundheitsschutz zum 31. Dezember 2021 beschlossen: „Die Rahmenbedingungen der Beschäftigten in den Kitas, der Sozialarbeit und in der Behindertenhilfe werden den Anforderungen nicht gerecht. Deshalb sind Veränderungen notwendig. Bessere Arbeitsbedingungen sind die Voraussetzung dafür, Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Und zu einer echten Anerkennung der Arbeit gehört die Erhöhung der monatlichen Entgelte“. (4)

Nach einer breiten Diskussion innerhalb der Mitgliedschaft wurden die Forderungen für die Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst beschlossen.

Diese zielen auf drei Themen ab:

- Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen
- finanzielle Aufwertung der Arbeit und
- Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel

Konkret ausformuliert sind diese Ziele in elf Forderungen, darunter u.a.: Verbesserung der Eingruppierungsmerkmale, Verringerung der Stufenlaufzeiten, Rechtsanspruch auf Qualifizierung für alle Beschäftigte, Anerkennung der Berufstätigkeit und der bei anderen Trägern erworbenen Berufserfahrung, Qualifizierung und angemessene Vergütung für Praxisanleitung sowie die Ausstattung mit Zeitkontingenten. (5)

Bisher sind drei Verhandlungstermine mit der VKA (Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber) geplant: am 25. Februar, 21./22. März und 28./29. April 2022.

**Es gibt viel zu tun und alle Kolleg\*innen der Offenen Arbeit sind gefordert, sich engagiert und entschlossen für die eigenen Belange einzusetzen.**

*Anmerkungen und Literatur:*

- 1) aus der Rede des Straßensozialarbeiters Christian, der während der Streik-Kundgebung am 24. November 2021 für die Interessenvertretung Offene Arbeit in Hamburg sprach (Fotos und Videos hier:  
URL: <https://www.entschlossen-offen.de/2021/11/26/fotos-video-vom-warnstreik-am-24-11-21/> [1.2.22]
- 2) URL: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Hilbersvor-Tarifverhandlung-Forderung-nicht-realistisch,tarifverhandlungen146.html> [1.2.22]
- 3) Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft am 2.3.2022, Top 59.  
URL: <https://mediathek.buergerschaft-hh.de/sitzung/22/42/?rede=21891#top-4409> [9.3.2022]
- 4) „Wir machen Tarif – Informationen für Sozial- und Erziehungsberufe“, 16.9.2021 von ver.di.
- 5) ver.di (2021): Sozial- und Erziehungsberufe. Details zu den Forderungen. URL: <https://mehr-braucht-mehr.verdi.de/++co++128267c0-203a-11ec-b5f6-001a4a16012a> [1.2.22]

Fotos: Karen Polzin



**Lea Degener**

engagiert sich in der AG Tarifpolitik der Interessenvertretung für die Offene Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien Hamburg (IVOA) und ist für ver.di Hamburg, Fachbereiche öffentliche und private Dienstleistungen, Sozialversicherungen und Verkehr, tätig. Außerdem ist sie aktiv im Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung.



**Volker Vödisch**

engagiert sich in der AG Tarifpolitik der landesweiten Interessenvertretung für die Offene Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien Hamburg (IVOA).